

Schlesische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Mit der illustrierten Monatsbeilage „Siegel und Hammer“ und den wöchentlich bzw. 14-tägig erscheinenden Beilagen „Tribüne“
„Die Rote Siegel“, „Der Jungprolet“, „Die Genossen“

Mittwoch, den 18. Juli 1923

Anzeigenpreise: Die 4 gespaltenen Millimeterzeile über deren Raum 400. — Mtl. Stellen- und Wohnungsangebote, Samstagsausgaben, Vereins- und Besammlungsanzeigen 150. — Mtl. Kleine Anzeigen per Wort 20. — Mtl. — Restlamespreis: Die Millimeterzeile 4 gespalten über deren Raum im Tag 800. — Mtl.

Druckerei: Die 4 gespaltenen Millimeterzeile über deren Raum 400. — Mtl. pro Raum und Nachzahlung des Differenzbetrages für Druck und Redaktion und Expedition: Dresden, Kottbusserstraße 10. — P. O. 136. — Verleger: Walter Gloger, Dresden, Ring 22/23.

Solidarität mit den streikenden Metallarbeitern!

12 000 Metallarbeiter im Streik

Der Streik erstreckt sich auf alle Betriebe in Schlesien, die dem Verband schlesischer Metallindustrieller angehören. Hierzu gehören die bedeutendsten Betriebe Breslaus: Andre-Hofmann-Nagelhammer, Archimedee A.O., Sanger-Werke, A.O., Hydrometer, Breslauer Wassermessfabrik, sowie das Eisenwerk Zwenberg.

Zur dem Verband schlesischer Metallindustrieller gehört in der Provinz nur noch die Gruppe Kattow.

Nach den neuesten Nachrichten will die Regierung im Metallarbeiterstreik intervenieren.

Die Metallarbeiter müssen auf der Hut sein und jede Durchsicherung des Streikes durch sogenannte „Notstandsarbeiten“ verhindern.

Die bürgerliche Presse meldet, daß die Streikleitung dafür Sorge tragen will, daß zwei lebenswichtige Betriebe, die Elektrizitätswerke in Schödnitz und in Mölle weiter fortgeführt werden können, obgleich ihre Besitzerinnen ebenfalls dem bestreikten Verbands schlesischer Metallindustrieller angehören.

Aus ihrer elenden Lage heraus, die sich von Tag zu Tag ungescheuerlicher gestaltet, sind nun auch die Metallarbeiter in Schlesien in den Streik getreten. Es streiken allerdings nur die Arbeiter aus den Betrieben der Verband schlesischer Metallindustrieller angehörenden Unternehmungen. Soll der enträtmte Kampf Aussicht auf Erfolg haben, so ist es notwendig, daß er nicht isoliert bleibt, sondern seine Grundlage erweitert wird. Der Kampf um Lohnhöherung, um die Erreichung des Stücklohnens ist keine isolierte Aufgabe der Metallarbeiter allein. Die Arbeiter gesamten Arbeiterschaf streiten zum Himmel! Der Ausgang des Berliner Metallarbeiterstreiks, der mit einer glatten Niederlage endete, weil er von einer kampfshenen Verbandsbürokratie „geführt“ und abgewürgt wurde, gibt zum Denken Anlaß. Es ist Pflicht der gesamten Arbeiterschaf, den Streik der Breslauer Metallarbeiter durch Solidarität zu unterstützen.

Es ist Pflicht des Metallarbeiterverbandes, dafür zu sorgen, daß der A.O.B. zu der Erweiterung des Streiks Stellung nimmt. Die Arbeiter- und Gemeindegewerkschaften sind sofort für den Streik der Metallarbeiter zu intervenieren. Bereits gellern ging das Gerücht, daß die Eisenbahner in den Sympathiestreik treten wollen. Auch unter den Gemeindegewerkschaften gärt es.

Die Kampfbereitschaft ist vorhanden, es bedarf nur des Aufrufs der maßgebenden Instanzen.

Aber nicht nur die Ausbreitung der Kampfbasis in Breslau allein ist notwendig, um den Kampf der Metallarbeiter zu einem siegreichen Abschluß zu führen, sondern die Zätlil des Unternehmertums geht darauf hinaus, die Metallarbeiter Breslaus zuerst niederzuschlagen, um dann mit der übrigen Arbeiterschaf Schlesiens leichteres Spiel zu haben. Das muß verhindert werden. Der Bezirksausschuß des A.O.B. muß umgehend zu der geschaffenen Lage Stellung nehmen. Er muß veranlassen, daß durch den entschlossenen Kampfeswillen der Arbeiterschaf der Offensive des Kapitals ein Stumm entgegengekehrt wird. Es ist klar, daß der Kampf der Metallarbeiter heute bereits nicht mehr um das Ergebnis der Schlichtungsausschussverhandlungen geführt werden kann. Die Forderungen sind durch die

Feuerung überholt. Die geschlossene Kampfbereitschaft der Metallarbeiter sollte dem Deutschen Metallarbeiterverband ein offenes Signal sein, die Kampfkraft der Arbeiterschaf für die Erreichung auch der politischen Forderungen gegen die Verelendung einzusetzen.

Die Arbeiterschaf aller Betriebe darf dem Kampf der Breslauer Metallarbeiter nicht untätig zusehen. Versagen die Instanzen, sind sie nicht gewillt, den Kampf in aller Entschlossenheit aufzunehmen, und ihm eine Basis zu geben, die zum Sieg der Arbeiterschaf führt, so ist es Aufgabe der Arbeiter der Betriebe, sofort überall Stellung zu nehmen, den Kampf der Metallarbeiter zu dem übrigen zu machen, die Einheitsfront zu schließen und in geschlossener Front den Kampf aufzunehmen auf der ganzen Linie für die Erreichung der Friedensrealitäten, für die Befestigung der Unternehmerrücklage.

Der A.O.B. gegen die Einheitsfront

Der Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte hatte an den A.O.B. einen offenen Brief gerichtet, in dem er die Frage stellte, ob der A.O.B. bereit sei, die Arbeiterschaf zusammenzulassen und für den Friedensreallohn und seine wirkliche Sicherung durch Sachwertfassung und eine Arbeiterregierung zu kämpfen.

Die Antwort des A.O.B. liegt nun vor. Sie lautet:

Die Betriebsräte seien gewerkschaftliche Vertrauensleute.

Der Reichsausschuß der Betriebsräte sei keine gewerkschaftliche Organisation.

Die Führung von Lohnbewegungen sei nicht Aufgabe des A.O.B., noch weniger aber solche des Reichsausschusses.

Der A.O.B. lehnt den Kampf um eine Arbeiterregierung ab. Wörtlich heißt es:

„Wenn die politische und wirtschaftliche Lage diesen Bestrebungen gegenüber außerordentlich hindernd im Wege steht, so sind die von Ihnen vorgeschlagenen naiven Mittel noch weniger geeignet, die Lebensbedingungen der Arbeitnehmer zu verbessern, sondern vielmehr nur dazu angetan, die Arbeitnehmer vollkommen jeder Existenzgrundlage zu berauben und ins Unglück zu stürzen.“

Mit den Argumenten der Welken und der Unternehmer lehnt der A.O.B. also die einheitliche Kampffront aller Arbeitenden ab. Der A.O.B. steht seine Hauptaufgabe darin, die Arbeiterklasse vom Sturm auf die verrottete kapitalistische Herrschaft abzuhalten. Nur um die Massen vom Kampf abzuhalten, wurden all die „Banken“ und die Forderung der „wertbeständigen Löhne“ aufgestellt. Die Arbeiter sollen die kapitalistische Diktatur und Ausbeutung weiter über sich ergehen lassen.

Aber es muß laut gerufen werden. Gerade dieser Weg wird die Arbeiter jeder Existenzgrundlage berauben! Wollte das Proletariat dem Ratschlag des A.O.B. folgen, würde es nach namenlosem Elend zugrunde gehen.

Aber die Arbeiterschaf erinnert sich daran, daß der A.O.B. noch einen Tag vor dem 11. November 1918 den Arbeitern im „Korrespondenzblatt“ jurief, daß die Befestigung der Monarchie unmöglich sei.

Es muß jetzt gegen die Saboteure gebandelt werden. Wieder empfehlen die Hilferdinge gegen Geldentwertung und Lohndruck Schwindeldreherei. Alle Klassen sollen von dem Nachteil der Geldentwertung durch „wertbeständige Rechnung“ bewahrt werden. Die Infla-

tion soll ruhig weiter gehen. Wer die Waren schaff, die der Staat durch sein neugeprägtes Papiergeld in Beschlag nimmt, bleibt dahingestellt.

Die Arbeiter wissen, daß eine Klasse das Loch im Staatshaushalt und in der Wirtschaft stopfen muß, die Ausbeuter oder die Arbeitenden. Sie werden den Kampf um die Arbeiterregierung auch ohne die reformistische Bürokratie aufnehmen und die Besitzenden zahlen lassen.

Wulles Brief an Cuno

Drei Tage nach dem Ausbruch Ehrhardts aus dem Leipziger Gefängnis (oder noch vorher?) hat Herr Wulle an Cuno ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

„In Nr. 84 des „Deutschen Tageblattes“ ist der genaue Aufmarschplan der proletarischen Hundstochter, der Plan der Verelendung der Reichsbewehr abgedruckt worden. Diese Mitteilungen sind ebenso authentisch wie die, die feinerzeit Herr v. Graefe Ihnen über die bevorstehenden kommunistischen Unruhen im Ruhrgebiet gemacht hat und die wortwörtlich eingetroffen sind. Wir müssen annehmen, daß auch Sie, sehr geehrter Herr Reichsminister, über diese Zusammenhänge vollkommen unterrichtet sind bei dem großen Apparat, den die Reichsregierung zur Beobachtung gewisser politischer Strömungen in der Hand hat. Wir richten an Sie daher die Frage, was gedenken Sie zu tun, um den bevorstehenden Bürgerkrieg zu verhindern? Während die einzelstaatlichen Regierungen mit Schonungsloser Härte gegen die unbedingt staatsstreuen Elemente der deutschen Freiheitsbewegung vorgehen, während der preußische Minister des Innern, Herr Seebing, jede legale Betätigung der politischen Freiheitspartei im Wahlkampf gewaltam zu unterbinden sucht, organisieren in Preußen, Sachsen und Thüringen die Kommunisten mit Willen des Herrn Seebing — auf diese Weise — auf jeden Sonderwert — den Bürgerkrieg. Diese Tatsache muß im deutschen Volk eine beispiellose Erschütterung auslösen, die durch die bisherige Unfähigkeit der Reichsregierung noch gesteigert wird. Wir richten daher an Sie in letzter Stunde das dringende Ersuchen im Interesse des Deutschen Reiches gegen die Willkürherrschaft in Preußen, Sachsen und Thüringen und gegen die Vorbereitung des Bürgerkrieges durch die Kommunisten und ihre Freunde die Schritte zu unternehmen, die geeignet sind, unabsehbares Unglück von Deutschland abzuwenden. Bei der Bedeutung dieser Frage darf ich wohl um eine ungehende Antwort bitten, damit wir in der Lage sind, diesbezügliche Deuturichtigungen unserer Freunde im Lande zu beschleunigen.“

gez. R. Wulle, M. d. R.

Wie wird Ihnen, Herr Cuno? Consul bezieht Ihnen Angriff auf Seebing, auf Sachsen und Thüringen. Consul weiß seinen Befehlen Nachdruck zu verleihen. Consul nimmt sich sogar die Mühe, Ihnen den garantierten echten Aufmarschplan der proletarischen Hundstochter vor die Nase zu halten. Bittet sich, daß sogar Herr Kossack sich bereit erklärt, Ihnen denselben sachgemäß zu erläutern? Er ist Ihnen ja kein Unbekannter.

Nach Ehrhardts Flucht nach dem Abenteuer in Münster, wo die 1. Schleunigt vor dem Hauptmann Pfeffer ausbricht, von dem Sie wissen, daß er der Urheber der Sprengung der sozialdemokratischen Studerei war — ist dieser freche, höhnische Brief ein Signal dafür, wie sehr bereits die Böllischen der Kampf gewonnen ist. Das Münchener Zurnerfest wird zu einer politischen Massenpropaganda.

Arbeiter, wo ist eure Massenpropaganda, wo ist euer Massenaufruf, wo ist eure Vorbereitung zur Gegengewehr?

Verliert keine Minute! Der 29. Juli muß den Faschisten eure Masseneutlichkeit, eure Abwehrbereitschaften vor Augen führen!

Der historische Sinn des Faschismus

Wir lassen den zweiten Teil des Artikels aus der Broschüre des Genossen Aquila folgen:

Wir wollen die Aufmerksamkeit der Leserlande auf die Notwendigkeit dieser richtigen und rechtzeitigen Erkenntnis des Faschismus mit um so größerem Nachdruck hinweisen, als der in den mitteleuropäischen Ländern, in Deutschland, in der Tschechoslowakei, in Österreich, in Polen, in der Schweiz, auch in den nördlichen und westlichen Ländern in den letzten Monaten mächtig emporkommende Faschismus, ebenso wie es in Italien der Fall war, überall Erscheinungen aufweist, die die größte Gefahr für den Weltfrieden darstellen.

Der Umstand, daß die italienischen Arbeitermassen das Problem nicht klar sahen, daß sie vielfach im Faschismus nur eine Reaktion der Reaktion, ein Mittel, um den imperialistischen Sozialdemokratischen Führern in den bestehenden Massen der italienischen Arbeiterschaf den Glauben zu wecken, daß sie in der Kollaboration (Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie) einen Schutz gegen den Faschismus finden könnten — gegen den Faschismus, der doch der Faschismus derselben Bourgeoisie war, unermesslich sind die Folgen dieses Irrtums, der den italienischen Reformisten erlaubte, in die Reihen des italienischen Proletariats die erste Bresche zu schlagen und dadurch den Sieg des Faschismus zu fördern.

Der Umstand, daß andere Teile der italienischen Arbeitermassen das Problem ebenfalls verkannten, daß sie im Faschismus den Wutausbruch einer kleinen, bewegenen Gruppe von deklassierten Bourgeois und Lumpenproletariats erblickten, der nur zufällig gegen die Arbeiter gerichtet ist, ermöglichte es der Sozialistischen Partei (Maximalisten), den Arbeitern die unbedingte Passivität gegenüber dem Faschismus zu empfehlen, „bis das Gewitter vorüber sein würde“.

Somit sind wir auch schon beim dritten und letzten grundlegenden Kriterium des Faschismus angelangt. Besonders im Auslande herrscht auch heute noch vielfach die Meinung vor, daß der Sieg des Faschismus in Italien ein Walfestieg der Reaktion sei, wie der weiße Terror in Finnland oder in Horthy-Ungarn. Nichts ist indessen für die Arbeiterschaf gefährlicher, als die Laitsache zu übersehen, daß der Sieg des Faschismus in Italien, so sehr auch sein Weg mit Tausenden von Proletariatsleichen und eingekerkerten Arbeitstammern und Kooperativen bedeckt ist, auch ein politischer Sieg über die bankrotte Politik der Sozialdemokratie ist. Dieser Bankrott wurzelte in der Unfähigkeit, die revolutionäre Arbeiterschaf trotz deren unbegrenzter Opferwilligkeit zum realen Sieg über die Bourgeoisie zu führen, und bestand im inneren Zerfall der sozialistischen Arbeiterbewegung der der Enttäuschung der Massen unabwendbar folgen mußte und der in der politischen Isolierung der revolutionären Arbeiterschaf, und darin, daß der Faschismus Wochen und Monate vor der Ergreifung der Staatsmacht nicht nur dreie Schichten des Kleinbürgertums, sondern auch Teile der Arbeiterschaf, besonders auf dem ländlichen Lande, in seine Bahn zu ziehen wußte.

Die Wortrevolution, die Halbrevolution, die infolge der Müllarbeit der sozialdemokratischen Führer (Reformisten) nicht zum endgültigen Sieg des Proletariats beigetragen werden konnte, die festgegebene Revolution war der fruchtbarste Boden, aus welchem der Faschismus

Dollar 250 000

Reaktion, Abwehrorganisationen und Betriebszelle

Von A. Klein



Hartnäckig und unermüdet führt die KPD, trotz aller Verhörungen seitens des Bürgertums und seiner sozialdemokratischen Koalitionsfreunde den Kampf für die Einheitsfront des Proletariats zur Abwehr der Faszißengefahr und der Offensive des Kapitals. Trotzdem aber müssen wir in der gegenwärtigen Situation stets aufmerksam nachprüfen, ob wir alles getan haben, was notwendig ist, und hauptsächlich inwieweit die Methoden unserer Arbeit und Anknüpfung an die breitesten proletarischen Massen richtig sind.

Vor allem muß man feststellen, daß das Maß unserer Arbeit ungenügend ist. Bis wir nicht lernen werden, die Mehrheit unserer Parteimitgliedschaft zu zwingen, sich an der Parteilarbeit zu beteiligen, und zwar nicht nur zu Hause während ihrer Ruhepausen, sondern vor allem in den Betrieben, und bis wir nicht lernen werden, daß jeder Kommunist jeden sozialistischen und parteilosen Arbeiter nicht als einen proletarischen Feind oder dummen Jungen behandelt, sondern ihn als Revolutionär und erfahrenen Genossen mit Geduld und Verständnis ins politische Leben hineinzuziehen, so lange werden wir nicht verstehen, die breitesten Massen in den Abwehrkämpfen des Proletariats zusammenschweißen. In diesem Falle wird die Partei teuer bleiben müssen für ihre Unfähigkeit und Versäumnis. Zeit haben wir nur wenig. Der zweifelslos gut informierte Ministerpräsident Sachse, Feigner, sagte in seiner letzten Rede in Niederplanitz:

„Die größten Gefahren der gewalttätigen außerpolitischen Auseinandersetzungen haben im April und Mai bestanden. Sie sind jedoch beseitigt. Die innerpolitischen stehen noch bevor. Ueber diese Dinge könne erst einmal geredet werden, wenn bestimmte Archive geöffnet werden. Den Bürgerlichen wird dann die Luft zur Kritik vergehen...“ und weiter: „Für Mitteldeutschland bergen die nächsten Monate große Gefahren und es wird dazu kommen, daß der Arbeiterchaft die Faszißen bis an die Zähne bewaffnet gegenüberstehen. Bayern sei der Sammelpunkt und Ausgangspunkt der Bewegung. Einem Tages muß das Kabinett Cuno abtreten. Der Kampf in dem bürgerlichen Lager beginnt mit Gift, Dolch und Handgranaten. Einem Tages gehen die Gewehre los.“

Kurz — das Bürgertum Deutschlands bereitet den Bürgerkrieg vor. Es stellt der französischen Bourgeoisie einen neuen Erfüllungsweg auf Rollen der letzten Kräfte der Arbeitermassen aus. Bei der wachsenden Not und dem Hunger werden sie ihr Programm nur durchsetzen können, wenn sie den Widerstand des Proletariats durch ein Blutbad brechen. Im Ruhrgebiet wird dies durch das neue Abkommen mit Frankreich, durch die vereinigte deutsch-französische Militäraktion geschehen. In Mitteldeutschland durch eine Koalition des bayerischen und mitteldeutschen Faszißismus. Welche Kräfte des Proletariats werden dem gegenüberstehen? Italien, Bulgarien müssen für uns eine Warnung sein. Die einzige Waffe im Kampf gegen den neuen Feldzug der vereinigten Großindustrie, Reichswehr und Faszißen, gestützt auf die Koalitionspolitik in der Sozialdemokratie von Moskau bis Peking, ist die Einheitsfront der Arbeiter in den Betrieben. Es wird nie möglich sein, schnell eine zusammengeschweißte Einheitsfront der Arbeiterpartei unter Beteiligung der Führer und der Gewerkschaftsbürokratie herzustellen, solange es uns nicht gelingt, in den Betrieben die Arbeiter zusammenzuschweißen. Die Abwehrkämpfe des Proletariats sind aber heute nicht mehr so einfach, wie zur Zeit des Kampfes, wo die Reaktion viel weniger Planmäßigkeit, Schärfe und Vorbereitung hatte. Die Faszißen haben viel gelernt. Sie haben sich unter der Bundesregierung und dem sozialdemokratischen Polizeistatut einen großen organisierten Apparat in ihren Händen, und die gesamte Reichsbewehrgewalt mit allen ihrer

Fehler unsererseits, all die Kräfte zu unter-schlagen. Die Einheitsfront des Proletariats erfordert eine ernste solide Organisation. Die primitivste Zelle der Organisation ist die Hundertschaft, die Abwehrorganisation in den Betrieben. Die höchste Abwehrform ist gegenwärtig die Betriebsrätebewegung und das gemeinsame Vorgehen der Arbeiterpartei. Die Machsform der Einheitsfront ist die Arbeiterregierung, der politische Ausdruck der Einheitsfront ist die Arbeiterregierung.

Wo schon SPD- und KPD-Hundertschaften bedeuten die Alarmbereitschaft der Arbeiter-schaft und ihre Vorbereitung zu Kampf gegen eine straff organisierte Reaktion. Sie ist aber nach keine Militärkraft und auch noch keine Kampfkraft in der heutigen Situation. Der Kampf für die Hundertschaften wird durch die KPD auch geführt als ein Kampf für gemeinsame Abwehrorganisationen aller Arbeiter ohne Unterschied der Partei und Gewerkschaftszugehörigkeit unter Hinzuziehung der Jugend und Frauen, weil das nur die Einheitsfront in den Betrieben ist. Man muß aber den Ausbau der Hundertschaften nicht etwa so stark aufziehen, daß, wenn eine Hundertschaft in dem oder jenem Orte nicht all unseren Forderungen entspricht, sie schon als gefährlich betrachtet wird, oder sogar geschlagen wird. Man muß konkret anknüpfen an die schon existierenden organisatorischen Formen der Abwehrorganisationen in verschiedenen Orten und sie allmählich ausdehnen, umbauen und ihrer vollkommensten Form anpassen, gemeinsame, im Betriebe wurzelnde einheitliche mit den Massen verbundene Hundertschaften. Wo schon SPD- und KPD-Hundertschaften existieren, muß man den Kampf für Heranziehung der gewerkschaftlich, mindestens aber der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter aufnehmen. Wo sie bezirksweise organisiert sind, muß man sie in die Betriebe übertragen. Wo sie parteilich sind, muß man sie durch Heranziehung unparteilicher oder auch sozialdemokratischer Arbeiter allmählich erweitern und organisieren. Diese Arbeit muß konkret überall durchgeführt werden.

Die Vorbereitung für Betriebshundertschaften ist natürlich die ernigste und festeste Arbeit der Parteilbetriebszelle. Ohne diese Betriebszelle der Partei können keine Hundertschaften in den Betrieben geschaffen werden, und zwar deshalb nicht, weil ihnen die politische Führung fehlt. Ohne politische Führung im Betriebe kann unter Umständen die Hundertschaft sogar eine bestimmte Gefahr darstellen. Sie wird, anstatt ein Mittel des Kampfes zu sein, in den Händen der Arbeiterpartei eine selbstverwaltende Körperschaft mit rein militärischer Einstellung. Es ist kein Zufall, daß sogar kommunistische Arbeiter die Schaffung von Betriebszellen als eine zu schwere Aufgabe betrachtet haben, weil sie keine regelrecht arbeitenden Betriebszellen kannten. Auch in den Bezirken Sachsen und Thüringens, wo schon heute die Hundertschaften in bedeutender Menge vorhanden sind, war am Anfang infolge der politischen Schwäche Leitung in den Betrieben ein starkes Mißtrauen zu den eigenen Kräften. Es ist auch eine Tatsache, daß die Hundertschaftsarbeit vor allem in kleineren Orten mit Erfolg begonnen hat. Am langsamsten und schwierigsten war der Erfolg in den Großstädten und in den Großbetrieben. Alle diese Erfahrungen erfordern von der Partei eine maximal schnelle und energische Arbeit zum Betriebszellenausbau und ihre planmäßige politische und organisatorische Bearbeitung. Betriebszellen bilden bedeutet noch nicht, sie schon fertig gemacht zu haben zur weiteren Ersaffung der breiten Massen in den Betrieben. Wo die Zellen schon geschaffen sind, muß die politische und organisatorische Einstellung der Zellen für ihre konkreten Aufgaben begrünen. Geschicht das in ausreichendem Maße von der Organisation, verwandeln sich die Zellen nicht in abgeschlossene, abgeforderte, zu selten geneigte

die Leitung der ganzen Masse im Betriebe, im Auge, dann liegt nichts im Wege zur Bildung der Abwehrorganisationen im Betriebe. Die Arbeiterchaft in den Betrieben ist am wenigsten politisch getrennt. Dort ist es am schwierigsten, sie gegeneinander zu verhetzen. Sie sind im Betriebe am unmittelbarsten verbunden mit den Fragen des Klassenkampfes. Sie können am schnellsten zusammengeschweißt werden, gerade in der Zeit, wo die Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratie die rechten Führer zu einem hartnäckigen Feldzug gegen die Kommunisten stößt und dadurch die Einheitsfront der Arbeiterpartei auf der ganzen Linie, auch in Stunden der unmittelbaren Gefahr für die Arbeiterklasse sehr schwierig machen wird.

Die Abwehr-Organisationen werden unvermeidlich in der gegenwärtig gespannten Situation in verschiedenen Formen entstehen, als Partiformationen, als Formationen beider Arbeiterpartei, welche ihre Tätigkeit koordinieren, als Bezirksformationen, als Betriebsformationen mit unorganisierten oder nur freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Man muß versuchen, jede Formation allmählich in ihre angepaßte Form zu verhandeln, man darf sie aber nicht schematisch aufpassen und sie durch Beschlagung umformen wollen. Man muß die Hundertschaften politisch aufpassen als Abwehrbewegung, und darf sie nicht rein militärisch betrachten. Es ist aber ganz falsch zu denken, daß wir wirklich kampfsfähige Abwehrorganisationen bekommen können mit der jetzt so oft herrschenden Einstellung: „Wenn es losgeht, dann wird es schon werden.“ Der Faszißismus ist schon heute ein politischer Faktor, welcher im wesentlichen die Kräfte der Offensive des Kapitals gegen die Arbeiterchaft bestimmt. Im Rheinland und in Sachsen ist schon Arbeiterblut geflossen beim ersten Versuch, für ein Stück Brot den Kampf auszunehmen. Wo der Faszißismus noch nicht all zu stark ist, muß man ihn nicht hochkommen lassen, wo er stark ist, muß der Kampf planmäßig organisiert werden. Man muß durch Kontrollorgane des Proletariats seine Stärke feststellen, muß seine Bewegungen beobachten. Millionen proletarischer Augen müssen jede Bewegung der faszißischen Reaktion, seine Verbindung mit der Reichswehr, mit der Polizei, mit bürgerlichen und kleinbürgerlichen Organisationen verfolgen. Man darf ihm nicht gestatten, offen und ungestraft aufzutreten, weil dies ihn ungeheuer stärkt. Man muß die Transporte kontrollieren. Bei alledem müssen die Hundertschaften mithelfen. Bei Kämpfen gegen Probokationen, bei Lohnkämpfen und sonstigen Arbeiterdemonstrationen müssen die Hundertschaften praktisch arbeiten lernen und praktisch den Kampf führen. Eine erfahrene politische Führung macht jede Eingeleitung der einzelnen unmaßlich. Auch einzelne Entlohnungen sind nicht so gefährlich, wie die wehrlose Abschlagung der proletarischen Vorkamp durch die Reaktion.

Die Abwehrorganisationen sind noch heute und werden auch morgen nicht zu militärischen Organisationen werden. Ein Teil der Hundertschaften, welche politisch am stärksten sind, geschult, zusammengesetzt durch die Arbeiterchaft, ohne Unterschied der Partei, mit gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, wurzelt im Betriebe und verbunden mit den Orten, müssen schon jetzt eine wirklich kämpf-fähige Gruppe werden. Sie müssen lernen, als erste den Kampf aufzunehmen, wenn er den proletarischen Massen aufgezwungen wird durch den Angriff der Reaktion. Der Feind ist tausendmal besser vorbereitet und ausgerüstet. Er ist rücksichtslos und fester. Die Arbeiter werden aus dieser Tatsache lernen und lernen schon heute. Von der KPD wird es abhängen, mit welcher Energie die Arbeiter an die Arbeit gehen und die Abwehrorganisationen des Proletariats vorbereiten.

Arbeitslosenversicherung

Von Emil Eichhorn
(Schluß)

Was soll gezahlt werden?

Und die sehr alte Frage: „Soll die Arbeitslosenversicherung selbst aus? Die Arbeitslosenversicherung soll innerhalb 28 Wochen gewährt werden. Ist die Unterhaltungszeit abgelaufen, so wird neue Arbeitslosenversicherung nur gewährt, wenn der Arbeitslose in den zwei Jahren nach Ablauf der Unterhaltungszeit mindestens 28 Wochen in einer beschäftigungsfähigen Beschäftigung gewesen ist, oder freiwillig beschäftigt war. Das ganze Recht der heutigen Arbeitslosenversicherung mit ihrer kurzen Unterhaltungszeit soll also durch das neue Gesetz beseitigt werden. Müßigen sind arbeitslos, aber mit ein kleiner Bruchteil davon erfüllt keine Unterhaltungszeit, weil die Unterhaltungszeit abgelaufen ist. Davon soll nichts gezahlt werden, im Gegenteil, eine neue Jahressumme tretende neue Unterhaltungszeit würde erst gezahlt werden, wenn der Arbeitslose die Last der Beiträge entweder aus eigenen Mitteln aufgebracht, oder wenn es ihm gelungen wäre, wieder für eine Zeitlang Beschäftigung zu finden.

Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung wird vom Arbeitsminister und Finanzminister im Einverständnis mit einem Ausschuss des Reichstages festgesetzt. Sie wird gestaffelt für Arbeitslose unter 18 Jahren, zwischen 18 und 21 Jahren, und über 21 Jahren. Die Verheirateten sollen Familienaufschläge erhalten, die das Doppelte der für eine Person gewährten Unterstützung nicht übersteigen dürfen. Insgesamt darf die Unterstützung mit Familienaufschlägen dreiviertel des Tariflohnes nicht übersteigen, andernfalls würde sie entsprechend gekürzt (§ 20). Die Unterstützung soll natürlich nur für 8 Wochentage gewährt werden, außer, wenn es noch eine Hungerpause von 7 Tagen eingeschoben, nach § 22 soll Unterstützung erst nach Ablauf von 7 Tagen seit dem Eintritt der Arbeitslosigkeit bezahlt werden. Die Unterstützung ist höchstens — nachträglich ausbezahlt (§ 45). Gelegenheitsbedienten der Arbeitslosen werden angerechnet, wenn dieser Bereich in einer Woche 10 Prozent des Betrages übersteigt, den der Arbeitslose bei voller Arbeitslosigkeit zu beanspruchen hätte. Sporadischer Weise will die Regierungsvorlage aber nur 60 Prozent von diesem Gelegenheitsbedienten anrechnen. Schließlich ist, um dem Arbeitslosen ja keinen irgendwie gearteten Vorteil zumommen zu lassen, noch die Klausel eingefügt, daß ein Arbeitsloser, der beim Ausschneiden aus seiner Arbeit eine Abfindung oder Entschädigung erhielt, solange keine Arbeitslosenunterstützung bekommt, als die Abfindung oder Entschädigung zur Abgeltung seines Tariflohnes anzurechnen wird.

Arbeitslosenunterstützung wird natürlich auch nicht gezahlt für die Tage, an denen der Arbeitslose die vorgeschriebenen Maßnahmen ohne gemilderte Entscheidung veräumt. Durch die abgezogenen Tage wird die Unterhaltungszeit länger, ein Arbeitsloser z. B., der einige Wochen außerhalb seines Wohnortes Arbeit suchte, sich nicht vorher gemildert entschuldigte, oder von der Meldepflicht absah, wird dafür mit der Verkürzung seiner Unterhaltungszeit bestraft.

Kurzarbeiterunterstützung soll erst eintreten, wenn der wöchentliche Arbeitslohn einschließlich etwaiger Gelegenheitsbedienten nicht 50% der Arbeitslosenunterstützung für eine volle Woche erreicht. Die Unterstützung soll dann in Höhe des zur vollen Arbeitslosenunterstützung fehlenden Betrages gewährt werden. Daß diese Regelung völlig unzulänglich ist, liegt auf der Hand. Die Unterstützung sollte schon eintreten, wenn eine bescheidene Minderung des Arbeitsbedienten eintritt. Kurzarbeiterunterstützung sollte abhingen, wie auch jetzt schon nur auf Antrag des Unternehmers oder der Betriebsvertretung gewährt werden.

Als Träger der Arbeitslosenversicherung sind die Arbeitsnachweise gedacht, die das Reich erhalten sollen. Gemittelungen jeder Art über die Arbeitslosen anzustellen, insbesondere auch den Arbeitslosen zur Verhütung seiner Arbeitsfähigkeit nützlich unerschaffen zu lassen. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz verpflichtet über den Verlauf der Unterhaltungszeit hinaus, es soll auch Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit

Steigerung der Lebenshaltungskosten

Nach vorläufiger Schätzung betragen am 18. Juli für eine vierköpfige Familie die Mindestausgaben, die nötig sind, um eine Woche lang annähernd so wie in der Vorwoche zu leben, etwa 1.180 000 Mark.

Die Angestellten marschieren an der Spitze

Dem Aufruf des Reichsausschusses der Deutschen Betriebsräte für den Kampffonds derselben zu sammeln sind die Angestellten der Industrie- und Handels-K. O. Berlin sofort nachgekommen und haben dem Reichsausschuss 1 Million Mark

Drohung mit Betriebschließung

Billige Devisen, das ist eine Drohung für die Kapitalisten. Als eine Loosvöndel wider den heiligen Geist des Profits betrachten sie jedoch die kleinen Forderungen. Keine Nationalisierung bei billigen Devisen! So lautet ihre Forderung.

Das Mittel der Lohn

Die Fremden lassen den bestig transportierten Paerner mitten im Dorf den Hut in der Hand, stehen und wandern, halb erblindet vor Lachen, durch die weissen, glühenden Straßen bis zum Hafen, um den wohlwollenden Weigang des Meeres zu sehen.

Aus Breslau Die großen Streiks

Der Metall- und Transportarbeiter machen der bürgerlichen Presse viel Kopfschmerzen. Das Krautfunderblatt schwindelte in seiner Montagsausgabe, daß der Streikbeschuß in keiner Erängen einer radikalen Minderheit zurückzuführen ist.

Die Aufgaben der AGD in der Arbeitslosenbewegung

Die kommunistisch gesinnten Arbeitslosen versammelten sich am Dienstag vormittag im Parteibüro in der Nikolaistraße, um sich darüber klar zu werden, in welcher Weise die Arbeitslosen ihren Kampf gegen Hunger und Arbeitslosigkeit zu führen haben und in wieweit in Zukunft ein Zusammenarbeiten mit der AGD, als der einzigen Partei, die bisher für die Arbeitslosen unentgeltlich eingetreten ist, erforderlich ist.

Was ist Wahrheit?

Unter dieser Überschrift wendet sich das sozialdemokratische Volksblatt in Hindenburg gegen die Vorschlagsforderungen, welche die bürgerliche Presse dem neuen Oberpräsidenten von Oberschlesien einem Benzinmann des rechten Flügels - erteilt.

Aus der Provinz

Alle Ortsgruppen des Handwerks Breslau, der Kreise Namowitz, Ohlau, Trebnitz, Oels, Bernsdorf und Kamslau: Ständige Ortsgruppenversammlungen sind verpflichtet, am Donnerstag, den 19. Juli, abends 7 Uhr, im Parteibüro, Breslau, Nikolaistraße 49-50, zu einer wichtigen Besprechung zu erscheinen.

Rechtliche Notizen

provokiert wieder einmal die Breslauer Arbeiterbewegung. Die Durchsicht von der Lohn haben offenbar vergessen, wie ihnen die Breslauer Arbeiterbewegung nach dem Rapp-Durch ihre Streikbrecherarbeit heimgezahl hat.

Die Arbeiterbewegung

Die Arbeiterbewegung hat sich in der letzten Schicksalsversammlung und beleuchtete die Stellung der Gewerkschaften zur Arbeitslosenfrage. Weber von dieser Seite noch von der AGD. Er wachte sich zunächst gegen den Ausschluß von Parteimitgliedern aus der letzten Schicksalsversammlung und beleuchtete die Stellung der Gewerkschaften zur Arbeitslosenfrage.

Das werden wir tun

Das werden wir tun, bestätigte Jose Luis. Wenn man es zuläßt! Wer sollte es hindern? Der Bergwerksdirektor oder der Herausgeber der Zeitung?

Der bisherige Kreispräsident Braumüller, ein Beamter der alten Schule, mit vielen ihrer Vorzüge aber auch allen ihrer Schwächen, da durch Ausschleichen der neuen Oberpräsidenten...
Der Vorsitz: keine Ams als Regierungspräsident...
Der Vorsitz: keine Ams als Regierungspräsident...
Der Vorsitz: keine Ams als Regierungspräsident...

Der bisherige Kreispräsident Braumüller, ein Beamter der alten Schule, mit vielen ihrer Vorzüge aber auch allen ihrer Schwächen, da durch Ausschleichen der neuen Oberpräsidenten...
Der Vorsitz: keine Ams als Regierungspräsident...
Der Vorsitz: keine Ams als Regierungspräsident...

Der bisherige Kreispräsident Braumüller, ein Beamter der alten Schule, mit vielen ihrer Vorzüge aber auch allen ihrer Schwächen, da durch Ausschleichen der neuen Oberpräsidenten...
Der Vorsitz: keine Ams als Regierungspräsident...
Der Vorsitz: keine Ams als Regierungspräsident...

Der bisherige Kreispräsident Braumüller, ein Beamter der alten Schule, mit vielen ihrer Vorzüge aber auch allen ihrer Schwächen, da durch Ausschleichen der neuen Oberpräsidenten...
Der Vorsitz: keine Ams als Regierungspräsident...
Der Vorsitz: keine Ams als Regierungspräsident...

Der bisherige Kreispräsident Braumüller, ein Beamter der alten Schule, mit vielen ihrer Vorzüge aber auch allen ihrer Schwächen, da durch Ausschleichen der neuen Oberpräsidenten...
Der Vorsitz: keine Ams als Regierungspräsident...
Der Vorsitz: keine Ams als Regierungspräsident...

Der bisherige Kreispräsident Braumüller, ein Beamter der alten Schule, mit vielen ihrer Vorzüge aber auch allen ihrer Schwächen, da durch Ausschleichen der neuen Oberpräsidenten...
Der Vorsitz: keine Ams als Regierungspräsident...
Der Vorsitz: keine Ams als Regierungspräsident...

Der bisherige Kreispräsident Braumüller, ein Beamter der alten Schule, mit vielen ihrer Vorzüge aber auch allen ihrer Schwächen, da durch Ausschleichen der neuen Oberpräsidenten...
Der Vorsitz: keine Ams als Regierungspräsident...
Der Vorsitz: keine Ams als Regierungspräsident...

Der bisherige Kreispräsident Braumüller, ein Beamter der alten Schule, mit vielen ihrer Vorzüge aber auch allen ihrer Schwächen, da durch Ausschleichen der neuen Oberpräsidenten...
Der Vorsitz: keine Ams als Regierungspräsident...
Der Vorsitz: keine Ams als Regierungspräsident...

Der bisherige Kreispräsident Braumüller, ein Beamter der alten Schule, mit vielen ihrer Vorzüge aber auch allen ihrer Schwächen, da durch Ausschleichen der neuen Oberpräsidenten...
Der Vorsitz: keine Ams als Regierungspräsident...
Der Vorsitz: keine Ams als Regierungspräsident...

Der bisherige Kreispräsident Braumüller, ein Beamter der alten Schule, mit vielen ihrer Vorzüge aber auch allen ihrer Schwächen, da durch Ausschleichen der neuen Oberpräsidenten...
Der Vorsitz: keine Ams als Regierungspräsident...
Der Vorsitz: keine Ams als Regierungspräsident...

Der bisherige Kreispräsident Braumüller, ein Beamter der alten Schule, mit vielen ihrer Vorzüge aber auch allen ihrer Schwächen, da durch Ausschleichen der neuen Oberpräsidenten...
Der Vorsitz: keine Ams als Regierungspräsident...
Der Vorsitz: keine Ams als Regierungspräsident...

Der bisherige Kreispräsident Braumüller, ein Beamter der alten Schule, mit vielen ihrer Vorzüge aber auch allen ihrer Schwächen, da durch Ausschleichen der neuen Oberpräsidenten...
Der Vorsitz: keine Ams als Regierungspräsident...
Der Vorsitz: keine Ams als Regierungspräsident...

HUGO FEIG / Manufaktur, Tücher u. Plaids GLEWITZ - Nikolaistraße 29

Berichtungs-Kalender

- KPD** Bezirksgruppe Breslau...
Breslau, Sonntag, den 22. Juli, abends 7 Uhr...
Breslau, Sonntag, den 22. Juli, abends 7 Uhr...
Breslau, Sonntag, den 22. Juli, abends 7 Uhr...

Schauspielhaus

Opern- und Schauspielhaus
Breslau, Sonntag, den 22. Juli, abends 7 Uhr...
Breslau, Sonntag, den 22. Juli, abends 7 Uhr...

Gewerkschaften

Breslau, Sonntag, den 22. Juli, abends 7 Uhr...
Breslau, Sonntag, den 22. Juli, abends 7 Uhr...

Andere Organisationen

Breslau, Sonntag, den 22. Juli, abends 7 Uhr...
Breslau, Sonntag, den 22. Juli, abends 7 Uhr...

KPD - Ortsgruppe Breslau - Distrikt 9

Sonntag, den 22. Juli 1923:
Ausflug nach Ransern
mit Musik
Programm: Abmarsch vorm. 7 Uhr vom Brausebad, Tiergartenstr. 1. Ankunft 9 Uhr (im Oswitzer Wald Rast).
1. Ansprache des Genossen König.
2. Sprechchor.
3. Genosse Harms (Polit. Kabarett).
4. Kinderbelustigung.
5. Verlosung: Rückmarsch nachm. 6 Uhr.
Kostenbeitrag pro Person 1500 Mark, Jugendgenossen 1000 Mark, Arbeitslose, Lehrlinge und Kinder frei.
— Programmänderung vorbehalten —

Per sofort

für lohnende Beschäftigung eine Anzahl
redegewandte Genossen
gesucht. Zu melden in der
Produktiv-Genossenschaft
Breslau, Treubitzer Straße 50

Säcke

all Art, wie auch
Lumpen, Schneider-
Abfälle, Makulatur,
Altmetalle, Altsisen
kauft und über-
bietet jeden
Konkurrenten
Strang,
Louisenplatz 16.
Händl. Vorzugspreise!

Achtung!

Jahre notwendig die höchsten Tages-
preise für:
Altmetalle
Altsisen
Altpapier
Altschrott
Altschmelz
Altschlack
Altschlack
Altschlack

Kaufe

Gold-Silber-
Platin-Bruch
Zahngelbisse
Uhren
zu höchsten
Tagespreisen
E. Beyer
Häckerstraße 15

Häute

Felle
kauft ständig
Max
Riesenfeld
Breslau I
Kupfernickelstr. 27

WOLFF & KUTNER GLEWITZ, NIKOLAISTRASSE 16

Manufaktur- und Modewaren - Herrenkonfektion
Herren- und Damenwäsche